

Der Halle vierteljährlich bei postmässiger Anstellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., ausser Zustellungsgebühren, Bezahlungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen.

Für unentgeltlich eingehende Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung: Halle-Bl. 2. Jahrgang.

Verleger der Redaktion Nr. 110; der Annoncen-Abteilung Nr. 1133.

Saale-Beitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Werben die Spaltenreihe oder deren Raum mit 20 Pfg., welche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Marktstr. 63, I. sowie von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Reklamen die Seite 75 Pfg. für Halle und auswärts 1 M.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Feiertagen einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Marktstr. 63, I.; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Marktstr. 63, I.; Zeichnungen Nr. 591 n. 170.

Die Wahlreform in zweiter Lesung.

Polizeiaufgebot vor dem Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann gestern mit der zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage, für die im ganzen drei Tage vorgesehen sind. Die Zugänge zum Abgeordnetenhaus wurden streng bewacht. In der Prinz-Albrechtstrasse hatten zahlreiche Schutzmannschaften Aufstellung genommen. Gegenüber dem Abgeordnetenhaus vor dem Kunstgewerbe-Museum sah man eine grössere Anzahl höherer Polizeioffiziere, im Hofe des Museums war eine starke Truppe von Postknechten untergebracht. Die Gittertüre des Abgeordnetenhauses wurde geschlossen und öffneten sich nur denjenigen, die eine Karte vorweisen konnten. Große weiße Plakate verfrachten, das sämtliche Karten zu den Tribünen vergreifen. Tatsächlich waren die Tribünen, vor allen Dingen die Journalisten-tribünen und die Hoflogen, dicht besetzt. In der großen Hofloge blieb nur die erste Sesselreihe frei. Der Saal füllte sich schon vor Beginn der Sitzung; die Unterhaltung der Abgeordneten ist nicht lauter als sonst. Die große Zahl der erschienenen Abgeordneten deutet auf die Wichtigkeit des Tages hin. Auf der Ministertribüne sah man einige Beamte des Ministeriums des Innern, vor allem den Geheimen Oberregierungsrat von Falkenbaur, den Vater der Wahlreform, und den Unterstaatssekretär und Chef der Reichsanzeiger-Verlagsanstalt, Minister von Wolke betrat erst den Saal, nachdem der Präsident bereits die Eröffnung der Sitzung verkündet hatte.

Die Anträge.

Die Parteien heute eingebracht, sind bis zum letzten Augenblick streng geheim gehalten worden. Der sozialdemokratische Antrag (Vorgmann und Genossen) ist bereits bekannt; er verlangt das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen.

Die fortschrittliche Volkspartei (Kronjahn und Genossen) fordert Einführung eines gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts.

Die Nationalliberalen verlangen Einführung der direkten Wahl und die Drittelung prinzipialer nach Gemeinden, eventualer nach Wahlbezirken, sowie die Befreiung der Wahlmännern.

Die Konserverativen endlich wollen neue Grundzüge für die Privilegierung aufstellen, indem sie beantragen:

Als § 8 folgende Bestimmung anzunehmen: Der zweiten Abteilung werden die nach ihrer Steuerleistung in die dritte Abteilung (§§ 6, 7) fallenden Wähler zugewiesen.

1. welche vor wenigstens zwölf Jahren die zum akademischen Studium berechtigende Reifeprüfung an einer höheren Lehranstalt bestanden haben. Durch die Wahlordnung (§ 7) werden die Anstalten bestimmt, welche als höhere Lehranstalten im Sinne dieser Vorschriften zu gelten haben;

2. welche entweder a) dem deutschen Reichstage oder dem preussischen Landtage angehören, oder gewählte Mitglieder eines preussischen Provinzialparlamentes, Provinziallandtages, Landesparlamentes oder Bezirkslandtages, eines preussischen Landtages, Landparlamentes, Landtages oder Arbeitstammer sind, oder b) im unbescholtenen Ehrenamte Kreisdeputierter oder gewählte Mitglieder eines Kreis- oder Stadtparlamentes, oder Vorsteher oder Mitglieder des Magistrats einer Stadt, oder Bürgermeister einer rheinischen Landbürgermeisterei, Amtmänner eines weisrährigen Amtes, Amtsvorsteher, Gemeindevorsteher oder Gewerkschaftsvorsteher oder Beamte, oder Vorsteher von Innungen (Obermeister) sind, oder c) eine der unter a und b bezeichneten Stellen wenigstens zehn Jahre lang innegehabt haben.

Die Debatte.

Verdichter ist der Abg. Dr. Wolf (G.).

Abg. Hirsch (Soj.):

Die Kommissionsbeschlüsse genügen uns absolut nicht. Schon die Regierungsvorlage war eine Verhöhnung, ja eine Herausforderung des Volkes. Die ganze Vorlage ist für uns unannehmbar. Was sagt man dem deutschen Arbeiter zu? Man hat sich Schuld daran, daß nichts Vernünftigeres zustande gekommen ist, trägt das Zentrum. (Gelächter im Zentrum.) Diese Partei für Wahrheit und Recht hat in der Kommission Wahrheit und Recht mit Füßen getreten. Die geheime Wahl in Verbindung mit der indirekten ist keine Waffening wert. (Sehr richtig! links.) Einzelne Mitglieder des Zentrums haben sich vor ihrer Wahl gerade verpflichtet, für die allgemeine und direkte Wahl einzutreten. Wenn die Zentrumspresse das jetzt abstellt, will, so ist das eine nichtswürdige, infame Heuchelei. (Beifall links; Vizepräsident Dr. Forst ermahnt den Redner, sich in seinen Ausdrücken zu enthalten.) Der Abgeordnete Suermann hat nach seiner Wahl sogar einen Dankbrief an die Sozialdemokraten gerichtet, aber gesehen, ihn nicht zu veröffentlichen. Da er sonst Unannehmlichkeiten hätte. (Fürst, hört!) Weider hind wir hier sachgemäß so schwach, daß wir keine eigenen Anträge auf allgemeine Abstimmung

stellen können, um dem Lande zu zeigen, was es von seinen Volksvertretern zu halten hat. Dem geistig Blinden unter den Arbeitern, die nach dem Zentrum folgen, werden bald die Augen übergeben. Der Freiberger v. Zedlitz hat vorausgelegt, wie die Sache kommen wird, oder wollte er dem Zentrum nur einen Wink geben? (Heiterkeit.) Nebenfalls hat sich nun auch hier der schwarzblaue Blod gefunden. (Gelächter im Zentrum u. rechts.) Auch die Bundesbrüder des Zentrums, die Konserverativen, wollen nur ihre Macht erweitern. (Lachen rechts.) Wenn Sie das leugnen, dann heucheln Sie.

Vizepräsident Krause:

Sie meinen doch kein Mitglied des Hauses?

Abg. Hirsch:

Ich meine die Herren rechts.

Vizepräsident Krause:

Dann ruhe ich Sie zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Hirsch (fortfahrend):

Die Wahlrechtsdemonstrationen haben gezeigt, wie politisch reif das Volk ist. Die Freikonserverativen sind Schamader par excellence, die Nationalliberalen unzuverlässig. Wir leben ihren Verhandlungen hinter den Kulissen mit Gemütsruhe zu. Schlichter als das Geleß ist, kann es auch beim besten Willen der Nationalliberalen nicht werden. (Heiterkeit.) Die Regierung in ihrer Abhängigkeit von den Konserverativen legt alle Hoffnung auf das Grenzhandwerk. Dieses will, denkt sie, schon etwas zustande bringen, so daß die Regierung Ruhe hat. Sie soll keine Ruhe haben, wir werden ihr keine Ruhe lassen, wir werden das Volk aufpeitschen, daß es nicht locker läßt in der Verfolgung seiner Rechte. (Ausruf rechts und Gelächter; Zurufe: Ungeheißerkeiten!) Ach, dieses Haus steht ja auch auf ungeheißer Grundlage. (Stürmischer Widerspruch rechts; Ausruf: Zur Ordnung! Vizepräsident Dr. Forst ermahnt den Redner, sich zu enthalten.) Wenn das Volk versteht ist, ist es durch Ihre Politik. Es kann nicht anders werden, wenn nicht das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht kommt. (Beifall bei den Soj.)

Abg. Forst v. Nächstofen (konf.):

Der Polizei in Berlin kann ich namens meiner Partei für ihr gewissenhaftes, entschickendes, aber mildes Auftreten die ausdrückliche Anerkennung aussprechen. (Stürmischer Beifall rechts.) Ich erinnere an das Wort, daß die Obrigkeit das Schwert nicht umsonst trägt. Herr Hirsch macht sich zum Anwalt der Ehre Preußens. Das ist geradezu tödlich! Verwundbar, daß er über seinen eigenen Antrag nichts gesagt hat, allen Vorkämpfern Männern und Weibern das Wahlrecht zu verleißen. (Heiterkeit rechts.) Ich sehe Herrn Hirsch schon als Präsidenten der neuen Republik (Heiterkeit.) Wie wird es im sozialdemokratischen Staat aussehen! Nicht Kultur, das Justizhaus wird er bringen. (Stürmische Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Meine politischen Freunde haben von jeher in der preussischen Wahlrechtsvorlage den Standpunkt eingenommen, daß sie für ein abgeleitetes Wahlrecht eintreten. Deshalb lehnen wir den sozialdemokratischen Antrag ab. Im übrigen werden wir unsere Stellungnahme bei den einzelnen Paragraphen näher präzisieren. (Beifall bei den Natl.)

Abg. Forst v. Nächstofen (konf.):

Wir fühlen kein Bedürfnis für eine neue Generaldebatte. Der sozialdemokratische Antrag zeigt, daß die Sozialdemokratie mit der Unerschrockenheit und der Unbiidung arbeitet. Im übrigen ist er kein Wort weiter wert. (Beifall rechts.)

Abg. Herold (Volksp.):

Wir sind für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und haben durch einen Antrag zu § 4 versucht, unseren Standpunkt gegebenermaßen zu formulieren. Aber den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab, weil wir es tatsächlich für falsch halten, jetzt weitergehende Forderungen zu stellen. Der Antrag sollte offenbar nur demonstrativ wirken. (Sehr richtig!) Unsere neue Partei will, daß auch die Minoritäten berücksichtigt werden, wollen aber diese Frage jetzt nicht aufwerfen, um die Aufmerksamkeit nicht von der Hauptfrage abzulenken. (Beifall links.)

Abg. Herold (Atr.):

Wir stimmen gegen den sozialdemokratischen Antrag, weil er viel zu weit geht. Die uns leitenden Gesichtspunkte werden wir später darlegen. (Beifall im Zentrum.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die sozialdemokratische Resolution auf Einführung des 2. Lebensjahres als Beginn der Wahlmündigkeit für beide Geschlechter wird unter großer Heiterkeit abgelehnt.

Die §§ 1, 2 und 3 (Bestimmungen über das aktive oder passive Wahlrecht, Verlust des Wahlrechts) werden debattelos genehmigt.

Zu § 4 (Wahlverfahren) liegt neben den oben mitgeteilten Anträgen Hobergts und Kronjohns ein Antrag Ahrens (konf.) vor, der die Öffentlichkeit der Wahl fordert.

Abg. Forst v. Nächstofen (konf.):

Unser Antrag soll dazu dienen, vor dem Lande und der Regierung festzustellen, ob sich hier im Hause nicht eine Mehrheit für die Öffentlichkeit der Wahl findet, die wir nach wie vor für das in Preußen allein Gegebene halten. Auch Mitglieder anderer Parteien und Vertreter der Intelligenz, Professoren usw. teilen diese Anschauung. (Lachen links.)

Abg. Forst v. Nächstofen (freikonf.):

Als Anhänger der öffentlichen Wahl werden wir für den Antrag Ahrens stimmen.

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Selbst diejenigen unter uns, die die Mehrheit meiner Freunde, für die geheime Wahl sind, werden mit uns für sie stimmen, weil sie den konserverativen Antrag für wertlos halten. Er ist nur bestimmt, den Umfall der Konserverativen in der Kommission vor den Wählern zu rechtfertigen. Sie möchten es so darstellen, als seien sie durch eine Mehrheit im Plenum für die geheime Wahl zu ihrem Umfall gezwungen worden. Diese Legende wollen wir nicht aufkommen lassen. Deshalb werden wir uns an der Abstimmung über den Antrag Ahrens nicht beteiligen. (Beifall rechts links; große Unruhe rechts.) Wir beantragen übrigens namentliche Abstimmung über den Antrag Ahrens. (Beifall links.)

Abg. v. Heubrand (konf., zur Geschäftsordnung):

Ein erheblicher Teil meiner Freunde wird sich der Abstimmung über den Antrag Ahrens ebenfalls enthalten. (Stürmisches, lang anhaltendes Gelächter links.) Die Nationalliberalen glauben offenbar, mit ihrem Verhalten bei dem Antrag Ahrens einen besonders tüchtigen Zug gemacht zu haben. Aber auch wir verließen uns auf Taktik. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Die Nationalliberalen zeigen uns, eine der wichtigsten politischen Fragen lebhaft als taktisches Geschicksspiel zu behandeln. Die Verantwortung dafür tragen Sie! (Gelächter links.) Ich bedauere das doppelt, weil diese Art des Vorgehens der Nationalliberalen es uns sehr schwer macht, mit ihnen politisch zusammenzuwirken, wie wirs gern möchten. Bravo! rechts. Widerspruch links und Zurufe: Zur Geschäftsordnung! Ich muß Ihnen doch die Gründe für unseren Antrag entzünden. (Stürmisches Rufe links: Das geht nicht! Die machen ja, was sie wollen! Zur Geschäftsordnung! Gibt es denn keine Geschäftsordnung mehr?)

Vizepräsident Dr. Forst:

Ich würde eventuell auch Herrn Friedberg dieselbe Freiheit, zur Geschäftsordnung zu sprechen, gewähren.

Abg. Dr. Friedberg (nl):

Diese Darlegungen des Abg. v. Heubrand erweisen uns widerlegt, daß der konserverative Antrag nur den tatsächlichen Gründen entspringt, die ich angeführt habe. (Beif. Zustimmung links.) Die Drohung, daß Sie unserer Tonart wegen nicht mitarbeiten könnten, macht bei Ihrer Gültigkeit auf uns keinen Eindruck mehr. Wenn es Ihr Vorteil ist, werden Sie uns schon zu finden wissen. Ihre Drohung, mit uns nicht zusammenzuwirken zu können, ist auch wieder ein Stück Taktik. (Beif. Beifall links.)

Abg. Herold (Atr.):

Als unentwegte Anhänger der geheimen Wahl lehnen wir den Antrag Ahrens ab. (Lachen links. Zurufe: Die Heuchler!)

Abg. Fischbeck (Volksp.):

In Worten war das Zentrum freilich stets für die geheime Wahl. Aber wenn man sie mit der indirekten Wahl verdupelt, ist sie wertlos. (Beif. Zustimmung links.) Das Urteil Dr. Friedbergs über den Antrag Ahrens trifft ins Schwarze. Die Stimmhaltung eines Teils der Rechten soll offenbar das Zentrum in die Majorität bringen. (Sehr richtig! links.) Wogu diese Winkelzüge? Veranlassen Sie das Zentrum doch einfach, für Ihren Antrag zu stimmen! (Beif. Beifall links.)

Abg. Hirsch (Soj.):

Wir halten den Antrag Ahrens nicht einmal einer Diskussion für würdig.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Ahrens. Nationalliberaler, Freikonfession und Sozialdemokraten verlassen den Saal.

Vizepräsident Dr. Forst

verkündet als Ergebnis der Abstimmung: Mit Ja haben 62, mit Nein 124 Abgeordnete gestimmt; enthalten haben sich 89. (Stürmisches Gelächter links.) Der Antrag Ahrens ist danach abgelehnt. (Tönliches Bravo! links.)

Abg. Forst v. Nächstofen (konf.):

Bekämpft dann den Antrag Kronjohns auf Einführung des Reichstagswahlrechts. Die Entscheidung darüber, ob die Mehrheit dieses Hauses für oder gegen die geheime Wahl ist, ist durch die Taktik der Nationalliberalen unmöglich gemacht worden. Wenn die Nationalliberalen selbst die namentliche Abstimmung beantragen und dann nur der Abstimmung das Haus verlassen haben, so zeigt das, daß man mit ihnen nur schwer arbeiten kann, und daß sie in





nur einen Schritt zurückweichen werden (Sehr gut! bei den Sozdem.). Wir werden für das gleiche und freie Wahlrecht in Preußen den Kampf fortsetzen, bis wir dieses Ziel erreicht haben. Sie behaupten, wir untergraben das Ansehen der Regierung. Das ist nicht richtig. Sie selbst besitzen viele Untergraben, durch die Sie solche politische Lebensgriffe besetzen lassen und Sie haben. Sie untergraben die Staatsautorität, wie etwa einzelne Monarchien durch ihr Verhalten das Ansehen der Monarchie weit mehr untergraben haben, als irgend ein noch so heftig gegen die Monarchie tobender Sozialdemokrat es tun könnte. Ich erinnere nur an den früheren König von Sardinien, an den früheren König von Belgien (Zuruf: um! Seinerzeit!) Sehr richtig und so weiter! Die heutige Bureaucratie ist nicht eine Wucherung, sondern, wie die von Jahre 1806, die einen so schamlosen Zusammenbruch erlebte (Sehr gut! bei den Sozdem.). Wir haben alle möglichen kulturellen Fortschritte in die Welt gebracht. Wir haben die preussischen Bureaucratie in die Welt gebracht. Bisher haben wir in preussischen Abgeordnetenhaus keine Worte staatsmännlicher Erkenntnis gehört. Vielleicht bekommen wir sie heute zu hören. (Gelächter bei den Sozdem.) Jedenfalls — um ein Wort des Herrn v. Zagow zu gebrauchen — ich warne Sie, weiter so fortzufahren. Sie werden den Zusammenbruch dieses elenden und widerwärtigen Wahlsystems nicht aushalten. Aber wenn Sie sich festsetzen gegen den Willen der Nation, dann wird die Volkswut noch weiterschreiten und wir werden uns noch weitere Ziele setzen müssen, wie wir ja jetzt schon genötigt sind, nicht nur das Wahlrecht zu verlangen, sondern auch das Versammlungsgesetz und das Demonstrationsrecht zu verlangen, die von diesen unbedingbaren Herren angegriffen werden. Je länger Sie sich dagegen sträuben und vergeblich Versuche machen, mit Ihren kleinen Gandaufhäufeln die wachsende Meeresflut einzudämmen — das Meer wird Sie niederreißen. Wenn die Dämme brechen, dann wird noch ganz anderes historisches Gerumpel, als das elende preussische Verfassungsgesetz, in die Kammerkammer der Weltgeschichte gesetzt werden. (Beifall bei den Sozdem.)

### Staatssekretär Delbrück:

Um die Interpellation zu beantworten, muß ich mich mit zwei Fragen beschäftigen, erstens mit der Frage, ob eine Verlesung des Vereins- und Versammlungsgesetzes vorliegt und zweitens mit der Frage, ob das in der Interpellation getadelte Vorgehen des Polizeipräsidenten v. Zagow dem Reichstag Veranlassung geben müßte, mit der preussischen Regierung sich wegen der Umgestaltung der Angelegenheiten in Einklang zu setzen. Ich erinnere daran, daß ich und mein Vorgänger wiederholt den Standpunkt vertreten haben, daß uns ein Eingriff in die Exekutive der Eingekerkelten im Reiche nicht zusteht, daß wir eine Verantwortung für die Handlung einzelner Beamten nicht übernehmen können, daß die Zentralbehörden der betreffenden Bundesstaaten sich grundsätzlich mit den Bestimmungen der Reichsgesetze in Widerspruch setzen. Der Redner hat ja den Gang im wesentlichen klar vorgetragen. Der Vorliegende des Aktionsausschusses des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins, Herr Ernst, und der Landtagsabgeordnete Borgmann haben dem Polizeipräsidenten für den 6. März mündlich die Genehmigung zur Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel und zur Veranstaltung von Aufzügen in Berlin nachgesucht. Der Polizeipräsident hat dieses Gesuch abgelehnt — und dann, wie das Vereinsgesetz vorgeschrieben, schriftlich begründeten Bescheid gegeben. Für den Treptower Park der nicht zum Bezirk des Polizeipräsidenten gehört, ist eine Genehmigung bei der zuständigen Disziplinbehörde nicht nachgesucht worden. Diese Disziplinbehörde hat die Schließung des Parks angeordnet, nachdem ihr bekannt wurde, daß an Stelle der verordneten Versammlung ein Spaziergang im Park stattfinden solle. Sie hat auch den Polizeipräsidenten um Unterstützung bei der Aufrechterhaltung der Ordnung gebeten. (Lärm bei den Sozdem.) Ich habe hier lediglich die Tatsachen vorzutragen, die meines Wissens unstreitbar sind, und die für die weitere Beurteilung der Dinge nicht von übermäßiger Wichtigkeit sind. Es dreht sich um die Frage, ob der Polizeipräsident berechtigt war, die öffentliche Versammlung und die geplanten Umzüge zu verbieten oder nicht. Gegen die Verfügung des Polizeipräsidenten ist Klage im Verwaltungsstreitverfahren erhoben worden. Das Verfahren schwebt, es wird zweifellos auch die Instanzen gehen und durch eine letztinstanzliche Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts seine Erledigung finden. Ich muß bemerken, tragen unter diesen Umständen ein Einzelner in eine Kritik der Tatsachen einzutreten. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Entscheidung gefällt ist, wird es meine Sache sein, zu prüfen, ob nach der Entscheidung des höchsten preussischen Gerichtshofes für mich eine Veranlassung vorliegt, mich mit dem preussischen Minister des Innern wegen des Verhaltens seiner Polizeibehörden ins Benehmen zu setzen.

Nach § 7 des Vereinsgesetzes bedürfen öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge der Genehmigung, die nur verweigert werden soll, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Der betreffende öffentliche Beamte muß die Befürchtung haben, daß eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit eintritt. Sie werden zugeben müssen, daß damit ein starkes subjektives Moment in die Entscheidung hineingetragen ist. Sie werden auch bei der objektiven Hinschau bei der Entscheidung den Einfluß von Takt, Temperament und Erfahrung bei den betreffenden Beamten niemals ausschließen können. Daneben müssen Tatsachen vorliegen, die objektiv geeignet sind, eine derartige Befürchtung zu begründen. Nun werden diese Tatsachen an verschiedenen Orten und unter verschiedenen Voraussetzungen ganz verschieden zu bewerten sein. Es ist zweifellos richtig, daß an sich die Ansicht, eine politische Demonstration zu veranstalten nicht allein und unter allen Umständen geeignet ist, die Befürchtung zu begründen, daß eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorliegt. Es wird überhaupt in den allerersten Fällen der Zweck einer berechtigten Veranlassung allein entscheidend sein können für die Genehmigung oder Verlegung. Der Zweck kann an einem Ort unbedeutend sein, am anderen bedeutend. Im Betrage kommen noch die Lage des Platzes, seine Größe, seine Zugänge, die Zahl der Versammlung, die Wohnverhältnisse der Demonstranten und ob nicht die Gefahr vorliegt, daß außer den Demonstranten nicht noch bedeutende Elemente sich einschleichen, die ihrer Disziplin nicht unterliegen. (Zuruf

bei den Sozdem.: Die Schulze! Gelächter.) Nun hat der preussische Minister des Innern mit vollem Recht angeordnet, daß eine allgemeine Vorkehrung über die Voraussetzungen, unter denen eine solche Versammlung genehmigt oder nicht genehmigt werden kann, nicht erlassen werden soll. Die Folge davon ist, daß ein Teil der Polizeibehörden solche Umzüge zum Zwecke der Wahrscheinlichkeitskontrolle genehmigt hat und andere nicht. Es liegt für mich zurzeit keine Veranlassung vor, gegen diese allgemein dem Wortlaut und dem Sinn des Gesetzes entsprechende Anordnung des preussischen Ministers irgend welche Schritte zu unternehmen. Wir werden zunächst abwarten müssen, wie die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts gegenüber dem Polizeipräsidenten ausfällt. Nun handelt es sich um die Frage, ob das Verhalten des Polizeipräsidenten in Bezug auf den Treptower Parkspaziergang ansehbar war oder nicht. Ich will mich vor der Entscheidung des Gerichts kein Urteil gestalten. Wenn aber das Verbot des Polizeipräsidenten zu Recht bestünde, so war er berechtigt, Vorworte zu treffen, daß es nicht umgangen wurde. Er hat ganz korrekt den Herren, die die Erlaubnis nachgesucht hatten, mitgeteilt, daß, wenn dieser Spaziergang den Charakter eines Aufzuges annehmen würde, er genehmigt sein würde, ihn zu verhindern. Der Gang der Ereignisse hat dem Polizeipräsidenten Recht gegeben. Es handelt sich um ein Ereignis, das im Treptower Park am Sonntag im März stattgefunden hat. (Stürmische Heiterkeit.)

Wenn große Mengen von Menschen in geschlossenen Reihen, unter Führern, auf bestimmte Plätze nach einem einheitlichen Plan dirigiert werden, wenn sie außerdem durch das Entsetzen von toten Tieren, durch Hohn auf das allgemeine Wahlrecht demonstrieren, so ist das kein Spaziergang, keine Freude an dem schönen Frühlingssonnenmorgen. (Hohe Rufe bei den Sozialdemokraten.) So ist das eine öffentliche Veranstaltung, ein öffentlicher Aufzug. (Sehr richtig! rechts.) Sie können sich wohl nicht vorstellen, wenn von der Polizeibehörde dagegen eingeschritten wird. (Hohe Rufe links.) Nun besteht in Preußen die Anordnung, daß in solchen Fällen die Polizei durch geeignete Maßnahmen darauf hinzuwirken soll, daß sich derartige Anordnungen zerstreuen, daß sie von den Verkehrsteilnehmern abgehalten und in andere Straßengänge abgelenkt werden. Das ist eine allgemeine Anordnung, deren Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit niemand bestreiten wird. Nun hat der Redner behauptet, und auch in der Presse ist das geschehen, daß die Sache nicht in zweifelhafte Weise durchgeführt wurde. Es wurde behauptet, daß ein Angehöriger der Beamten sich gegen die Anordnung des Polizeipräsidenten verweigert hätte. Ich bin nicht bereit waren, ihre Aufgaben zu erfüllen. Es wird behauptet, daß Unschuldige, Frauen und Kinder, völlig Uneteiligte durch das Eingreifen der Polizei nicht nur in Schreden gebracht, sondern auch an ihrer Gesundheit geschädigt wurden. Ich bin ganz außer Stande, diese Einzelheiten zu prüfen. Die Prüfung und Beurteilung dieser Frage gehört auch nicht zur Zuständigkeit des Reichstages. Das muß dem preussischen Abgeordnetenhaus und der preussischen Regierung überlassen werden. Wenn aber tatsächlich unbeteteiligte, ungeschuldige Personen, wenn Frauen und Kinder durch das Eingreifen der Polizei in Bezug auf ihr Leben gefährdet und hinsichtlich ihrer Gesundheit geschädigt sein sollten, so ist das sicherlich auf das äußerste zu prüfen. Ich bin nicht im Interesse der betreffenden Opfer, sondern aus dem Interesse der Polizeimannschaften (sehr gut! rechts), die den schwersten Dienst hatten. (Sehr richtig! rechts.) Man kann also wohl verstehen, daß unter dem Eindruck dieser Mitteilungen einmal ihre Nerven verlagert haben. (Zustimmung rechts. Zuruf links: Sie hätten zu Hause bleiben sollen!) Darüber haben nicht die Beamten zu befinden, sie haben nur ihre Pflicht zu erfüllen. Daß diese Pflichterfüllung in den letzten Monaten manchmal sehr schwer war, das werden Sie bei objektiver Beurteilung nicht bestreiten können. (Sehr richtig! rechts.) Aber wenn man im Anschluß an diese Vorgänge, wenn ihnen ist nicht weiß, ob sie sich zu ärgern haben, wie sie der Redner nach Bestrebungen darstellte, daß für diese Vorgänge verantwortlich wären der leitende Staatsmann und die Polizei, dann möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß die Verantwortung in erster Linie diejenigen trifft, die ohne die Genehmigung, einen Aufzug zu veranstalten (sehr wahr! rechts, Gelächter bei den Sozialdemokraten), ihn veranstaltet haben und dadurch der Polizeibehörde nicht nur die Möglichkeit, sondern in gewissen Grenzen auch die Pflicht gegeben haben, einzuschreiten. (Beifall Beifall rechts, Gelächter der Sozialdemokraten.) Auf Antrag des Abg. Bebel (soz.) erfolgt die Besprechung der Interpellation.

### Abg. Herr v. Hertling (Ztr.):

Ich halte mich streng an die Interpellation. Meine politischen Freunde halten daran fest, daß die in § 7 des Vereinsgesetzes vorgesehene Genehmigung zur Veranstaltung von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen nur dann verweigert werden darf, wenn eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit gegeben ist, nicht aber schon im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Ob die öffentliche Sicherheit gefährdet ist, ist von Fall zu Fall zu entscheiden, und wenn die Entscheidung an verschiedenen Orten verschieden ausfällt, so kann daraus nicht geschlossen werden, daß die Entscheidung an einem Orte unrichtig gewesen ist. Man wird im allgemeinen auch nicht bestreiten können, daß bei einem Aufmarsch auf den Treptower Park der Gemüter erregenden politischen Frage — man sprach von 200 000 Menschen — den politisch vielfach sehr hoch disziplinierten Elementen auch in den großen Städten zahlreiche vorhandene bedenklichen Elemente sich leicht anschließen. (Beifall Zustimmung rechts, Lärm bei den Sozialdemokraten und Zurufe: Damit können Sie jedes Verbot rechtfertigen!) Elemente, die fremen Willen, ihrem Zerknirschnis, die ihnen verbotenen Sinne Rechnung tragen wollen. (Zustimmung rechts im Zentrum.) Es können auch Gegenemonstrationen und Gegenrufe erfolgen, und auf Worte folgen leicht Tätlichkeiten. Das Gesetz schreibt vor, daß gegen die Entscheidung der unteren Behörden im Verwaltungsstreitverfahren angegangen werden kann. In diesem Stadium ist eine Stellungnahme des Reichstages nicht angebracht. (Zustimmung rechts und im Zentrum; großer Lärm und Rufe der Sozialdemokraten: Reaktionslos!)

### Abg. Dr. Jand (Mit.):

Auch ich halte mich nur an den Gegenstand der Interpellation: die Verlegung der Genehmigung für eine konkrete Versammlung. Ich lehne es also ab, im Rahmen dieser Interpellation darauf einzugehen, ob das Vorgehen der Polizei am vergangenen Sonntag zu billigen oder zu missbilligen ist. Der Vertreter des Reichsansehers hat richtig betont, daß zunächst noch die Entscheidung der oberen Instanzen aussteht, daß also wohl von einer prinzipiell richtigen

Anwendung des Vereinsgesetzes jetzt noch nicht gesprochen werden kann. Aber dann kann auch, wie es schon gesagt hat, nicht nur eine entschlossene Haltung der preussischen Behörden geübt werden. Ich beschränke mich also streng auf die Frage, ob Veranlassung gegeben ist, die Verlegung der Genehmigung zum Gegenstand einer Interpellation zu machen. Zunächst ist der Reichstag jedenfalls, weil seine Kompetenz liegt auch auf die Befürchtung der Ausführung erlassener Reichsgesetze erstreckt. Freilich müssen wir die Befürchtung hinzunehmen, daß nicht jeder Einzelfall vor das Forum des Reichstages gezogen werden sollte, sondern nur wenn prinzipiell und gefährlich von den oberen Instanzen eine dem Geist des Gesetzes widersprechende Anwendung Platz greift. Ein solcher Fall liegt hier nicht vor. Es liegt nur die Wahrscheinlichkeit eines preussischen Polizeibeamten, gegen die das ordentliche Rechtsmittel eingelegt ist. Solange die Entscheidung der oberen Instanzen nicht ergangen ist, kann man nicht davon reden, daß das Vereinsgesetz von einem Bundesstaat prinzipiell falsch angewendet wird. Die Genehmigung kann nur verweigert werden bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Und die Annahme einer solchen Gefahr kann nicht rein subjektiv begründet werden; dafür können selbstverständlich nicht die Motive des betreffenden Beamten entscheidend sein (sehr richtig! links), sondern es muß objektiv Veranlassung gegeben sein. Und ab von den Gründen, die dem Berliner Polizeipräsidenten veranlaßt haben, auszuweichen, das ist eine Frage, über die mit vollem Recht die Entscheidung der oberen Instanzen anrufen ist. Persönlich trage ich großen Zweifel, ob die konkrete Begründung, die gegeben ist, ausreicht und nicht in das Gebiet der allgemeinen Ermüdungen und des Gefühls gehört. Aber ich meine, daß dieser Einzelfall kein Grund für eine Interpellation über diesen Fall ist. Ich gehe zu denen, die eine weitere Ausgestaltung des Interpellationsrechtes, eine Verschärfung dieser Waffe des Reichstages einschlägig wünschen. Ich habe aber nicht, daß es zur Stärkung des Interpellationsrechtes, zur Stärkung der Autorität des Reichstages, die hinter diesem Interpellationsrecht stehen soll, beitragen wird, wenn ein Einzelfall, über den die oberen Behörden noch nicht entschieden haben, zum Gegenstand einer Interpellation gemacht werde. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

### Abg. Herr v. Richthofen (soz.):

Meine Partei war im Zweifel, ob eine Beteiligung an der Debatte überhaupt angezeigt war; erhebliche Gründe sprachen dagegen. Wir haben uns dafür entschieden, weil im „Vorwärts“ behauptet ist, wir hätten uns vor einer öffentlichen Verhandlung. Ohne eine Meinung darüber zu äußern, ob der Präsident berechtigt gewesen ist zur Verlegung der Genehmigung, kann ich ihm doch recht wohl nachfühlen, daß er die Berechtigung für gegeben hielt. Tatsachen liegen vor. Die Dinge haben sich etwas anders zugezogen, als der Interpellant darstellte. Es haben nicht genehmigte Aufzüge stattgefunden und öffentliche Aufmärsche sind gehalten worden, die nicht angemeldet waren, also ungeschichtlich. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Ich halte mich an dem, was der ganze Reichstag der Sozialdemokraten beifällig gesehen, daß sie Gesetzwidriges tun wollten. (Sehr richtig! rechts, Lärm der Sozialdemokraten.) Mit vollem Bewußtsein wollten sie die Ruhe brechen. (Lärm der Sozialdemokraten und Leudow ruf: Wo haben wir die Ruhe gefehlt?) Der „Vorwärts“ schrieb: Keine Ruhe in Preußen! (Großes Gelächter der Sozialdemokraten.) In Frankfurt liegt schon eine Beurteilung zu 2 Jahren Gefängnis vor, ganz dasselbe war auch hier zu befürchten. Subjektiv war also der Polizeipräsident im Recht, die Genehmigung zu verweigern, und hernach mußte er dann zu sorgen bei dem Angebotsform gegen diese Anordnungen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ich halte mich an dem, was der Reichstag im Reichstages ist die rote Fahne gezeigt; der „Vorwärts“ überschreibt auch das, „das revolutionäre Banner vor dem Reichstagesgebäude!“ Wenn das keine Provokation der Polizei ist, dann weiß ich nicht. Der Beweis ist noch nicht erbracht, daß die Polizei brutal vorgegangen und gar auf Frauen, die am Boden gelegen haben, eingezogen hat. Nach meinen Nachrichten kann ich nur glauben, daß die Polizeibehörde zur Durchführung des von ihnen sehr unliebenden und durch das Verhalten der Sozialdemokratie notwendig gewordenen Eingriffs gegen die Demonstration in ruhiger und angemessener Weise vorgegangen sind. Ich spreche ihnen meine Anerkennung aus (Beifall rechts, Lärm der Sozialdemokraten) und hoffe, daß Sie in derselben Weise in Zukunft vorgehen werden. Herr Leudow hat am 19. Februar gesagt: Wir werden Straßendemonstrationen machen, wenn es uns paßt; wir werden vielleicht auch noch schärfere Mittel anwenden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, daß auch gegen diese schärfere Mittel die Staatsautorität sich als ausreichend erweisen und erfolgreiche energische Maßnahmen durchführen wird. Ich halte die Interpellation für unbedeutend. (Beifall Beifall rechts.)

### Abg. Dr. Müller-Meiningen (Volksp.):

Wie ändern sich doch die Zeiten! Wer hätte gedacht, daß Herr v. Hertling bereits ein Jahr nach dem Vordem ein staatsmännliche Rede über das Vereinsgesetz halten würde. (Sehr gut! links.) Rat, wie hat es sich verändert. (Stürmische Heiterkeit.) Damals die höchsten Reden der Herren Groeber, Schäfer u. a. über dies angeblich so reaktionäre Vereinsgesetz, und heute wieder Herr v. Hertling eine Ansprache über den § 7, die so reaktionär ist, daß heute, der das Vereinsgesetz damals mitgemacht hat, daran denken konnte. (Zuruf: links. Zuruf: rechts: Sie haben das Gesetz mitgemacht!) Gewiß, wir glauben nicht, daß überhaupt ein Gesetz in einer derartig ungeschicklichen Weise ausgelegt werden könnte. (Beifall links.) Wir haben uns das Gesetz als ein vernünftiges gedacht; aber das haben wir gedacht, und das haben wir auch von Anfang an gesagt, daß die Bureaucratie alles anwenden wird, mit diesem Gesetz ihr Spiel zu treiben. Darüber können wir uns wohlpaßig nicht wundern. Wir dürfen kein Ma sagen:

### Du, Zagow, heß mit Sorgfalt auf die Stadt

Und schimpflich, wenn der kühne Lärm beständig! (Heiterkeit.) Vor diesen größtenfalls harmlosen Demonstrationen am Sonntag (Zuruf rechts: Sarmlos!) haben Sie eine geradezu pathologische Angst. Es handelt sich hier nicht um einen Spezialfall, sondern um ein Glied einer ganzen Reihe. Ich habe schon früher angeführt, daß die preussische Regierung in diesem Sinne Versammlungen unter freiem Himmel nach einer bestimmten Schema behandelt. Sehen Sie sich doch die Tatsachen an. Der Treptower Park liegt an der Peripherie von Berlin und man sollte froh sein, daß die Sozialdemokratie ihre Versammlung aus dem Herzen der Großstadt heraus an die Peripherie verlegen wollte. Der Park ist etwa eine Million Quadratmeter groß. Von einer Verkehrsrichtung konnte also keine Rede sein. Es muß offen die Disziplin anerkannt werden, die diese Mäuler beobachtet haben. Das ist öffentliche Sicherheit gefährdet, das sind nicht die Demon-

Kraften, sondern das System des Herrn v. Jagow. (Sehr gut! links). Ich möchte mit Dethlo ausruhen: Verloß mich, Jagow. (Große Heiterkeit). Ich kann mir denken, daß die Berliner Polizei infolge des nicht ganz feinen Trifs der Sozialdemokratie nie so andershin gehen zu lassen, geeigneter war, aber eine solche Persönlichkeit war nicht benannt. Wir müssen die Tätigkeit des Herrn Polizeipräsidenten abklären. Es hätte mit den Verhältnissen der Berliner Kriminalpolitik gerade genug zu tun. Es läßt sich nicht leugnen, daß beide Teile allmählich nervös werden und daß unter Umständen großes Unheil daraus entstehen kann. Ich richte an beide Teile die dringende Warnung, die Polizei im Auge zu haben, die dieses Spiel mit dem Feind haben könnte. Ein gefährlicher Janagel, der mit der politischen Demonstration nichts zu tun hat, drängt sich allmählich hinein, weil er im Trüben fischen will. Über kurz oder lang werden die gefährlichen Elemente zum Revolver greifen und das wäre ein gefährliches Ereignis (Juchzen von den Sozi.). Für Herrn v. Jagow! Rein, für gewisse Scherzfrüher. Das würde eine Reihe reaktionärer Maßnahmen, im Sinne der Unsturzvorlage zur Folge haben. Wir hoffen und wünschen, daß die Regierung und die Polizei endlich einsehen, daß das Vereinsgesetz nicht so angewendet werden darf, daß es Ferkel und Unzufriedenheit aller Vernünftigen erregt. Wir meinen, das deutsche Volk ist ebenso mündig, wie das englische und solche Seditanten sind nicht würdig des Ansehens der deutschen Regierungen. (Beifall links).

Hg. v. Dürfen (Rp.):

Es ist eine Unverschämtheit von der Sozialdemokratie, die Vorgänge am Sonntag vor dem Forum des Reichstags zu bringen. (Lärm bei den Sozi.). Als der Lärm immer größer wird, rüdt Vizepräsident Dr. Spahn den Redner. Die Sozialdemokratie trägt den politischen Kampf die Straße. Es handelt sich um keinen Spaziergang mit Kinderwagen und Milchkühen, sondern um eine bewusste Demonstration. Wir beauern, daß die Freiheit nicht mit den anderen bürgerlichen Parteien das Verhalten der Sozialdemokraten mitbilligen.

Hg. v. Gersinck (Fole)

verurteilt jede mißbräuchliche Anwendung des Vereinsgesetzes.

Hg. Niebermann v. Sonnenberg (wirtsch. Bgg.)

Ich richte gegen die Politik der Straße der Sozialdemokratie aus, die nach der sozialdemokratischen Presse eine revolutionäre Vorbereitung sein solle. Im übrigen müßte man die Entscheidung des Gerichts abwarten.

Hg. Werner (Klepp.)

äußert sich ähnlich.

Hg. Heine (Soz.):

Nach der Äußerung des Herrn v. Jagow. Wollte Herr von Dürfen mit den Konserativen Berlins gegen uns losgehen, so hätten in einer Drohsache Platz. Wir haben Herrn v. Jagow im März in den April geschickt. Warum soll die rote Fahne vor dem Reichstag aufreißend gewirkt haben? Graf Ballestrem entfachte hier täglich eine solche. (Heiterkeit).

Damit ist die Interpellation erledigt.  
Ein Antrag G. d. (Soz.), die Genehmigung zur Durchführung des gegen ihn stehenden Privatorgelfahrens des badischen Landtagsabgeordneten Seubert zu erteilen, wird angenommen.

### Der Postrat.

(Dritter Tag.)

Hg. Caspers (Volksp.)

wünscht nochmalige Prüfung der Frage der Fernsprechämter von Altona und Hamburg.

Staatssekretär Kräfte:

In dem großen Plane der Vereinigung muß im Verkehrsinteresse festgehalten werden. Die Interessen Altonas sollen nicht geschädigt werden.

Ueber die Ostmarkenzulage wird auf Verlangen des Zentrums gelobdet abgelehnt. Das Bureau bleibt zweifelhafte. Der Hainmelpung ergibt die Anwesenheit von 197 Abgeordneten. Es fehlen also zwei an der Beschlussfähigkeit. Es haben 94 für und 103 gegen die Ostmarken gestimmt.

Um 6 Uhr beramt Vizepräsident Erdprinz zu Hohenzollern die nächste Sitzung auf 6¼ Uhr an.

\*

55. Sitzung vom 11. März, 6¼ Uhr.

Die Wiederholung der Abstimmung über die Ostmarkenzulage wird einstweilen ausgelegt.

Hg. Wehrens (wirtsch. Bgg.)

bittet um Entgegenkommen gegen die ländlichen Wünsche in Bezug auf den Postwegverkehr.

Hg. Vogel (nl.)

bestwärtigt die Vermehrung der Personenzahlposten.

Die Abgg. Dr. Wilsch (Volksp.), Dr. Werning (nl.) und Eichhoff (Volksp.) bringen dringliche Wünsche vor.

Bei den Einmaligen des Postrats spricht

Hg. Dr. Weber (nl.)

die Messengerpost-Institute, die von der Post mit besonderem Halse versorgt würden.

Staatssekretär Kräfte

erklärt, daß es sich um die Verlegung des Postregals handle und daß bei diesem Institut die Gewähr nicht gegeben sei, daß wirklich nur einzelne Briefe befördert würden. Die Post wäre, ob sie den Dienst der Abholung und Beförderung von Briefen und Gegenständen nicht selbst übernehmen werde.

Hg. Hoffmann (nl.)

empfehlte eine Vermehrung der Postsekretäre und bittet, besonders Mannheim zu berücksichtigen.

Staatssekretär Kräfte

bittet, die Entwidlung der Sache abzuwarten.

In später Stunde wird der Postrat erledigt.  
Sonabend 12 Uhr: Reichstagsbahnen.

## Deutsches Reich.

### Der Bundesrat.

(Werbung unseres Berliner L-Mitarbeiters.)

Wie der Reichstag heute bekannt gibt, wurden in der am 10. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssekretärs des Innern Dehnbach, abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrates die Vorlage über den Salzsteuererwaltungsstellenetat für 1910/11 und die Vorlage betreffend Zulassung einer Abfindung für die Insel Helgoland an Stelle der Leuchtmittelfabrik angenommen. Der Vorlage betreffend Wänderung der Eisenbahnorganisation, der Vorlage wegen Wänderung des Militärarzts für Eisenbahnen und der Vorlage betreffend

Wänderung der Anwendung über die Erhebung und Sicherung der Salzabgabe auf den Privatfallfällen stimmte die Versammlung zu. Schließlich wurde die Neuwahl der Mitglieder des Beirats für das Auswanderungswesen vollzogen und über mehrere Eingaben Beschluß gefaßt.

### Eine Wahlrechtsdebatte im braunschweigischen Landtag.

H. L. Wie uns unterm 11. d. Mts. aus Braunschweig gemeldet wird, hat in der braunschweigischen Landesversammlung der nationalliberale Abgeordnete Fabrikant Hauswaldt den Minister um Auskunft, warum die 1. Zt. vom Landtag beantragte Wahlrechtsvorlage — Braunschweig hat das famose Klassen- und Städtewahlrecht (!) — so lange auf sich warten lasse. Den Proff von der passiven Haltung der Herzogl. Staatsregierung in der Wahlrechtsangelegenheit habe nur die Sozialdemokratie. Staatsminister Dr. von Otto (liebenswürdig und gewandt wie immer), erklärte:

„Der Antrag, den die Landesversammlung vor zwei Jahren an die Regierung gerichtet hat, ließ darauf hin, ein Dreiklassensystem mit direkten Wahlen einzuführen. Dieser Antrag hat das Staatsministerium nicht gleichgültig gelassen. Sie ist sich der Bewegung, die sich gegen das gegenwärtige Wahlrecht richtet, sehr wohl bewußt. Die Regierung weiß sehr wohl, daß nicht nur bei der Sozialdemokratie, sondern in weiten Kreisen der Bevölkerung eine Abneigung gegen das jetzige Wahlrecht besteht. Die Regierung hat zunächst eine genaue Statistik angefertigt. Diese hat ergeben, daß dem Antrage seitens der Landesregierung nicht wohl ohne weiteres zugestimmt werden kann. Welches andere Wahlrecht sollte man wählen? Inzwischen ist jene Partei, welche die Grundfesten des Staates zu erschüttern sucht, mit einer außerordentlichen Heftigkeit gegen das jetzige Wahlrecht vorgegangen. Es wird aber nicht möglich sein, das Verlangen der Sozialdemokratie zu erfüllen, die für alle Personen ohne Unterschied nach Erreichung des 20. Lebensjahres das Wahlrecht fordert. Was ist nun zu tun? Wir leben in einer sehr engeren Zeit. Solche Fragen zu lösen während einer so heiligen Bewegung, ist sehr schwer. In Sachsen hat man das System der Mehrwahl gewählt, von dem der Abg. von Dähne erklärte, daß es ein überwürdiges Standpunkt sei. In Hamburg hat man die Verhältniswahl wählen eingeführt. Ich bin diesem System sehr auf den Grund gegangen. Ich kann sagen, es gibt keine schwierigere Arbeit, als das Hamburger Gesetz zu verstehen. Ich fordere meine Kollegen aus der Jurisprudenz an, dies einmal zu versuchen. Jetzt kommt nun die Wahlrechtsfrage in Preußen. Wie da die Meinungen auseinandergehen, das wissen Sie alle. Was soll das Staatsministerium nun der Landesversammlung vorschlagen? Die Beratungen haben schon vor zwei Jahren gezeigt, daß die Meinungen weit auseinandergehen. Wenn möchte man etwas stärkeres als alle vorkommende, aber selber Gesetz muß man darauf verzichten, denn der Sozialdemokratie kann man es doch nicht recht machen. Sie werden es daher dem Staatsministerium nicht übel nehmen, wenn sich die Beratungen über ein neues Wahlrecht in die Länge gezogen haben. Wie hätte die Auskunft in der Thronrede auch lauten sollen? Wir hätten doch nur sagen können, daß wir noch zu keinem Entschlusse gekommen sind. Es gibt einen Ausweg in dieser Sache, auf den auch der Antrag von Dähne hingebettet hat. Dieser besteht darin, daß auf Grund des § 32 der Geschäftsordnung des Landtages eine Vorberatung der Angelegenheit gefordert wird. Ich stelle anheim, einen dahingehenden Antrag zu stellen.“

Der braunschweigische Landtag sieht in seiner jetzigen Zusammenkunft — agrarisch ist Trumpf — nicht so aus, als ob er für ein bischen Modernisierung des Landtagswahlrechtes zu haben wäre. Und eine oder zwei liberale Schwablen machen schließlich auch noch keinen Sommer...!

### Aus den Kolonien.

#### Das Medizinalwesen in Südwestafrika.

Das bisher von dem Oberarzt der Schutztruppe, einem Oberstabsarzt, im Nebenamt als Referent des Gouvernements geleitet wurde, soll vom neuen Rechnungsjahr ab nach dem Etat für 1910 von einem Zivilarzt geleitet werden, der dazu als Referent mit einem Gehalt von 9600 bis 12000 Mk. — gleich dem anderen Referenten — angestellt werden soll. Als Begründung wird angeführt, daß die Zahl der Oberstabsärzte der Schutztruppe verringert werden soll, daß andererseits aber das Medizinalwesen für Zivilinsassen an Bedeutung zunimmt. Erreicherungswelt wird jetzt auch ein höherer Betrag gefordert, um Vergütungen an Privatärzte und Schomanen, die sich in der Kolonie niederlassen, und zwar im nächsten Etat 60000 Mark. Das im vorigen Etat näher dargelegte Bedürfnis, tüchtige Privatärzte zur Niederlassung im Lande zu veranlassen, so wird dazu ausgeführt, besteht fort und wird infolge der fortwährenden Besiedelung und der Verringerung der Zahl der in der Kolonie tätigen Militärärzte in den nächsten Jahren noch dringlicher werden. Im Interesse einer Verhütung der Gesundheitspflege der Eingeborenen sollen geeignete Missionäre, die, so schreiben die „Wanderversicherungen“, uneres Wissens bisher noch nicht im Lande waren, gegen eine Vergütung durch Vermittelung der Missionsgesellschaften zur Niederlassung in der Kolonie verpflichtet werden. Ihre Tätigkeit besteht aus der Kolonie veranlassen und zur ärztlichen Behandlung der Eingeborenen herangezogen werden. Daneben wird auch die Anstellung weiterer Schomanen zu fördern sein. Mit Rücksicht hierauf ist der im vorigen Jahre auf 40000 Mk. erhöhte Fonds auf 60000 Mk. vergrößert worden.

#### Sof- und Personalnachrichten.

\* Die Kaiserin empfing am Donnerstag nachmittag die Gemahlin des Fürsten Salms-Baruth und gestern vormittag die Gemahlin des Staatssekretärs des Reichsjugendamts Dr. Liso. Zum Lunch waren gestern Kammerherr Graf und Gräfin Knipfobangen geladen. Ihre Majestät besuchte am Freitag das Mausoleum in Charlottenburg und legte am Sarcophage der Königin Julie einen Kranz nieder, dessen Spitze mit den Initialen beider Majestäten versehen war.

\* Die Meldung zahlreicher Blätter, Prinz Joachim von Preußen werde nach Ablegung des Abiturientenexamens in die Marine eintreten, ist, wie aus Kiel berichtet wird, falsch.

\* Der Prinzregent Luitpold von Bayern vollendet heute das 80. Lebensjahr. Der Prinzregent hat aus Anlaß

seines Geburtsfestes eine Reihe von Auszeichnungen verliehen unter anderem das Großturmtreuz des Verdienstordens der Bayerischen Krone, mit dem der Adel verbunden ist, an den Schriftsteller Dr. Paul Heye in München.

### Halle und Umgebung.

Hallesche Anz. 12. März.

#### Der chilenische General Rönner

— den mit unserm Halle eng Beziehungen verbinden — hat in Berichtigung von Mitteilungen, die jüngst durch die Presse gingen, einen langjährigen vertrauten Bekannten, Herrn Weinbänder G r u n n hier, ein paar freundliche Zeilen gefandt, aus denen nachfolgendes wiedergegeben sei:

„Geboren 10. Oktober 1846, es fehlen mir also noch einige Jahre bis zum 70. nach dem chilenischen Gesetz hätte ich am 10. Oktober 1900 als Divisionsgeneral austreten müssen und habe mich auch rechtzeitig dazu gemeldet. Der Präsident der Republik schrieb mir aber, daß die Regierung und die Nation für mich möglich halten, das Gesetz nicht treffe. Der Kongreß hat deshalb eine Spezialkommission für mich geschaffen, damit ich, uniformiert und direkt aus dem aktiven Dienste kommend, Petrus herauszufinden könne. Das schloß aus, daß ich anders als auf Kommando in Deutschland sein kann, da mein fester Wohnsitz bei mir selbst, wo ich im Dienste bin, also in Chile. Vorläufig aber hoffe ich, noch längere Zeit hier (Berlin) bleiben zu können, da in unsere neuen Annonen vor zwei Jahren nicht bis auf das letzte Jahr beschränkt abgenommen sein können. R ö n n e r.“

#### Durchschnittspreis.

Aus der tabellarischen Zusammenstellung der „Statistischen Reichsanstalt“ über die häufigsten Preise für Fleisch im Wochenmarkt ergaben sich für die erste Hälfte des Monats Januar folgende Preise für 1 Kilogramm: Rindfleisch: Halle 1,70 Mk., Magdeburg 1,70 Mk., Erfurt 1,55 Mk.; für Kalbfleisch: Halle 1,85 Mk., Magdeburg 1,92 Mk., Erfurt 1,50 Mk.; für Hammelfleisch: Halle 1,77 Mk., Magdeburg 1,80 Mk., Erfurt 1,45 Mk.; für Schweinefleisch: Halle 1,84 Mk., Magdeburg 1,82 Mk., Erfurt 1,69 Mk.

#### Hallesche Brodenammlung.

Man bittet uns, folgende Zeilen aufzunehmen: „Die Hallesche Brodenammlung wird noch ein wenig warten und es erst nach dem 1. April jenseit. Dieser Fehler, zu weit zu sein, mit solchen Variationen: Wie Broden, alle! Jedenfalls sollen die Broden für die Hallesche auf dem Wochenplatz 3 weit offen stehen. Einige Wagen wollen haben sich schon bei uns eingefunden und es ist schon anzusehen, wenn so die Wagen, hochgeladen mit Karren, Gardinestangen usw. in das Tor einfinden, doch ganz anders. Laßt noch das Herz der Brodenleute, wenn sie Hilfe, Stühle, Sophas oder Schränke, letztere am liebsten noch mit den Kleibern und Schaben darinnen abholen dürfen. Die Brodenammlung ist aber nicht wärschlich und nimmt eben alles und noch viel mehr.“  
Eine Volkstanz an die Hallesche Brodenammlung oder ein Gernuß 207 genügt zur Abholung.

#### Die ersten Schwablen.

sind getreten hier beobachtet worden.  
Es waren die Fortrierer der großen Schwärze, die bei dem warmen Frühlingswetter nun bald folgen werden.

Das gestrige 6. Symphoniekonzert der Orchestervereinsung, das letzte der Saison, war dem Gebenden Robert Schumanns geweiht und verlief in jeder Beziehung würdig. Meißner Märche und kein Orchester vollbrachten schöne Taten, und der junge Pianist, Herr Alfred S o e h n übertrafste durch eine große Kunst. Eingehender Bericht in der Abendnummer. H.

Deutscher Monatsbund. Die Ortsgruppe Halle veranstaltete in ihrer letzten Sitzung eine wohlgelungene Darwinfeier. Einige Mitglieder machten sich verdient durch einen schönen, umfangreichen Vortrag Gesehler's Distanzen und einiger Sätze aus Beobachtungen an Menschen. Am Freitagabend, die Stellung des Menschen in der Natur“ ging Herr Georg von dem Erziehungsgesetz der Abstammungslehre aus, dessen Begründung noch einmal in zehn Tafelchen aufgewiesen wurde, ging dann zu dem Abteilungsgebot des Menschen aus niederen Tieren über und lenkte die Aufmerksamkeit des Menschen in dem Gesamtbau der Natur und insbesondere dem kleinen Ausnahmestellen, auf dem Gebiet der Wissenschaften, der Kunst und des Lebens mit seinen ethischen Problemen und der Stellung des Menschen zu Gott und Welt. — Der nächste Sitzung Montag, den 14. März, 8½ Uhr, im Reichshof (Kolonialzimmer). Tagesordnung: 1. Die Wahrscheinlichkeit der Zukunft. 2. Die Wahrscheinlichkeit der Zukunft. 2. Eine wichtige Kammergerichtsentscheidung und ihre weittragenden Folgen. — Freie Ausprache. — Gäste willkommen.

#### Briefkasten.

(Geber Anträge in die Abnommenstellung beizulegen.)

B. W. Halle. Es dürfte mit Antragsunterlagen der Stadtverwaltung von jeder Kurdektion Ermäßigung für Alder, Lage usw. bewilligt werden. Im vorgebrachten Falle werden wir Ihnen raten, sich an den Vaterländischen Frauenverein zu wenden, der Hilfsbedürftigen lebenden Frauen gewiß keine Unterstützung nicht verweigern wird.

A. J. E. Hamburg. Bei einer militärischen Pflichtübung — bis zur Dauer von 6 Wochen — ist der Chef nicht berechtigt, das Gehalt eines Angestellten in Abzug zu bringen.

#### Unterhaltungsblatt.

Neu Rentnant. Erzählung von Heinrich Re. (Fortf.) — Ein feilsame Patient. Humoristische Skizze von C. Wellner. — Theater und Musik. — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland: Fritz Rapp; für Literatur und Sport: Erik Földow; für das Illustrations- und Bildniswesen: i. B. Martin Feuchtmanner; für den Jahrentermin: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten. einschließlich Unterhaltungsblatt.